

Wilsdruffer Tageblatt

Früher: Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Fernruf Wilsdruff 6 / Postfach Dresden 2640



erschint die auf weiteres nur Montags, Mittwochs u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei

Abnahme: Die 6 gefaltene Nummern 20 Geldpfennig, die 3 gefaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Geldpfennig.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen,

des Amtsgerichts u. Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Pöffen.

Nr. 150 — 1923 — 82. Jahrgang.

Sonnabend / Sonntag 22. / 23. Dezember

Wochenrückblicke.

Beamten-Auflagen — Ein Wettkauf — „Goldmark“ — Eine Umrechnung — Daß du die Nase im Gesicht behältst! — Nummer 94 des Post-Amtsblattes — „Weniger Arbeit — mehr Lohn!“ — Methodischer Unsinn — Statt Ab-: Anbau — Befehlungs- u. n Ordnung — Beamtenfurch — „Gebben Sie mir eine Krone“ . . .

Es ist etwas viel, was Reich und Staaten den Beamten zu gleicher Zeit antun: Kürzung der Gehälter, Vermehrung der täglichen Dienstzeit um eine Stunde und Verminderung der Beamtenschaft um 25 von hundert! Bei der großen Anzahl der Beamten, die einen gar stattlichen Prozentsatz der gesamten deutschen Einwohnerzahl bilden, ist es wohl am Platze, diese drei „Auflagen“ einmal einer Betrachtung zu unterziehen.

Daß sich die deutsche Mark während der viereinhalb Kriegsjahre fast auf ihrer alten Höhe gehalten hat, ist bekannt. Wenn trotzdem während des Krieges die Lebensmittel und alle andern Landesprodukte, die Düngeartikel, Chemikalien, Arzneien, Textil- und Lederwaren schon erhebliche Preissteigerungen zeigten, so hatte das nicht im Einklang der Mark keine Ursache, sondern in der Knappheit der Waren. Millionen deutscher Männer standen im Felde und wurden der produzierenden Arbeit entzogen. Von den Dabeigebiebenen waren weitere Millionen in den verschiedensten Kriegsindustrien tätig. Das Ausland lieferte nichts und konnte nichts heranschaffen. Der Warenmangel ließ die Preise steigen. Reich und Staat standen mit den Männern im bunten Rock mit „Hände an der Hosennaht“: Die dem Steigen der Preise angepaßte Gehälteraufreicherung ließ auf sich warten, lange, lange! Sie setzte erst ein, als das Sinken der Mark hinzutrat, das die Preise sprunghaft in die Höhe trieb. Sie setzte ein und hoite langsam auf. Aus den Hunderten Papiermark wurden Tausende, dann Millionen, Milliarden! Immer aber erst dann ihren Weg in die Beamtentaschen findend, wenn die Preise schon wieder einen gewaltigen Vorsprung genommen hatten. Ein ewiges Wettlaufen! Immer aber unterlagen die Beamtengehälter. Mit dem Wechsel von Tausendern zu Millionen im Aufbruch der Papiermark, die man mit dem Rosenamen „Gold“ beschmeichelte, entstand leise, ganz leise der Begriff „Goldmark“. Bei der Industrie zuerst, in den Apotheken, beim Möbelkauf. Es wurde keinem leicht, sich in diesen Begriff hineinzufinden! Goldmark — ja das mußte doch mehr sein als ein Schweizer Franken! Nur viereinfünftel Goldmark gleich ein Dollar! Und für einen einzigen Schweizer Franken konnte man doch — in deutsche Papiermark umgewandelt — von Frankfurt am Main nach Berlin fahren! Dritter Klasse im D-Zugel! Für einen Dollar wohnte man ja eine ganze Woche lang im Grand-Hotel! So billig lebte, wohnte, rauchte und fuhr man im armen Deutschen Reich! Bei den Begriffen „Goldmark“ und „Goldpfennig“ — nur begriffswerte konnte man von ihnen sprechen — tat sich eine neue Welt vor unsern Augen auf. Und wenn die Beamten ihre Papierhöhe allmonatlich, die ja inzwischen den Anschluß an die Preise annähernd gefunden, über die Deckelung von Schweizer Franken oder Dollar in Goldmark um-multiplizierten und -dividierten, dann — erschrecken sie über die Wichtigkeit ihres hausweisen Schein-Besitzes. Dann erkannten sie, daß sie ja kaum 20 bis 30 vom Hundert ihrer früheren Bezüge in den Händen hielten! Dann rechneten sie um, was für ein Herrenleben sie führen konnten heute mit ihrem Vorkriegsgehältern! Dieser Umrechnung und dieser Zeit entsprang der Gedanke der Herabsetzung der Gehälter! Bis nun der einmal geborene Gedanke die labyrinthischen Irrgänge der Erwägungen und Begutachtungen, der Bemessungen und Bewertungen durchwanderte, um dort seine ebenso zahlreichen Ergänzungen und Befügungen, Verdünnung und Verdichtungen, Zusammenziehungen und Verbreiterungen zu erfahren, durchstrafte die Billion alle deutschen Gänge, den ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht bildend. Ihr folgte die Rentenmark, die wirkliche, wahre, als Goldmark gewürdigte, weil rüdenbedeckt gegenüber der ungedeckten Papiermark. Was sich vor Monaten aber ganz leise zu regen begann, war inzwischen geschehen: die Goldmark-Rechnung hatte sich verallgemeinert! Die nur scheinbare Warenderwertung durch die Papiermark war geworden, die wirkliche Warenderwertung um rund 50 von hundert gegenüber den Vorkriegspreisen durch Warenmangel aber geblieben!

Vater Staat aber reibt nach monatelangem Herbstschlaf die Augen und seht — „daß du die Nase im Gesicht behältst!“ — den Gedanken von damals heute in die Tat um!

Von der Gesamtzahl der am 1. Oktober 1923 in Dienst befindlichen planmäßigen und unplanmäßigen Reichsbeamten im Vorbereitungsdienst haben nach Maßgabe . . . mindestens 25 von hundert auszuscheiden.“ So steht es auf Seite 490 des Amtsblattes des Reichspostministeriums Nr. 94, Jahrgang 1923, zu lesen. Es folgen noch drei Terminangaben, bis zu wann je 5 von hundert auszuscheiden haben, während die Restabteilung von 10 Prozent der Reichsregierung vorbehalten bleibt.

Daß sich die Beamtenschaft von der Revolution an gerechnet in einem Maße vergrößerte, die die Antwort auf die gewiß nicht unberechtigte Frage nach dem Plus der Arbeitslast schuldig bleibt, — wer will das bestreiten? War denn über das „Weniger Arbeit — mehr Lohn!“ nicht den Revolutionsmachern

Es bleibt bei der seitherigen Anzahl der Reichsboten.

Die Roggenrentenbank wird Hypothekbank

Berlin, 20. Dez. Der Reichsrat stimmte dem Gesetzentwurf zur Änderung des Wahlgesetzes zu, das u. a. die Einführung ständiger Stimmlisten bringt. Der Berichterstatter bedauerte hierbei, daß der Reichstag die sich bei diesem Gesetz bietende Gelegenheit nicht benutzte, die Zahl seiner Abgeordneten herabzusetzen. Es sei unbedingt notwendig, daß der Reichstag in dieser Beziehung den Landesparlamenten vorangehe. Neben anderen Gesetzentwürfen und Verordnungen genehmigte der Reichsrat auch einen Antrag der Roggenrentenbank-A.G., wonach diese sich in eine Hypothekbank umwandeln will, um durch Beleihung von Grundstücken zum Roggenwert die ländliche Siedlung, die Bodenverbesserung und die Produktion fördern zu können. Die Genehmigung des Reichsrates war erforderlich, da die Roggenrentenbank sich über mehrere Länder erstreckt.

Neue Schahanweisungen.

Berlin, 20. Dez. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt: Zwischen den Aeußerungen des Finanzministers in der Presseführung in der Reichskasse und denjenigen gegenüber dem Aufsichtsrat der Rentenbank besteht kein Widerspruch. Es sind keine Anträge gestellt worden, die die Inanspruchnahme der Kredite der Rentenbank über das gelehrt festgesetzte Maß hinaus einschloßen. Die Kredite, die über die 2400 Millionen sich hinaus erstrecken sollten, blieben weit unter der Grenze von 3200 zurück, und sollten Betriebskredite sein, um über die Uebergangszeit hinwegzukommen. Kredite, die die Grenze von 2400 überschritten hätten, hätten der Zustimmung des Aufsichtsrats der Rentenbank bedurft. Sie sind dem Finanzminister von der Rentenbank abgelehnt worden. Es müssen nun unterzinsliche Rentenmarktschahanweisungen ausgeben werden. Es hat sich herausgestellt, daß die Deckung aus dem unbesetzten Gebiet allein dafür ungenügend ausreicht. Inflatorisch würde auch ein höherer Kredit nicht gewirkt haben. 3200 Millionen ist für Deutschland durchaus tragbar. Die neuen Schahanweisungen werden deflatorisch wirken.

Neuwahlst überfall.

Berlin, 20. Dez. In Berliner parlamentarischen Kreisen ist man der Meinung, daß die Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse in Sachsen und Bayern über kurz oder lang auf die innerpolitischen Verhältnisse des Reiches sich dahin auswirken dürften, daß eine Hinausschiebung der Neuwahlen im Reich kaum noch möglich sein werde. Wahrscheinlich könne weder die sächsische Regierungstruppe noch die in Bayern dadurch gelöst werden, daß eine Regierungsbildung auf längere Frist mit beständigem Charakter vorgenommen wird. In beiden Staaten würden höchstwahrscheinlich Notregierungen gebildet werden müssen, die gewissermaßen nur die Vorbereitungen der Neuwahlen in die Hand zu nehmen hätten.

Ein wahrer Staat, diese „Staats“-Zeitung

Die „Sächsische Staatszeitung“, das Organ der Regierung des „Freistaates“ Sachsen, bringt in Nr. 291 einen Aufruf der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, Deutscher

erstes und erfolgreichstes Schlagwort? Durch welchen Lodruf hätten sie denn sonst so erfolgreich den Gimpelgang in der Beamten- und Lehrerschaft betreiben können? Aus Ueberzeugung, aus der echten, den innersten Tiefen entstammenden, hat wohl kaum einer die Schwurfinger an den roten Fahnenstößel gehalten! Was an den lodendsten Versprechungen unerfüllbar, das konnte nicht gehalten werden. Das mit dem Novemberbade ausgeschüttete und in Atome zerfallene Kind „Vernunft“ — heute möchte es zu neuem Leben erweckt werden. Mögen in den fahlen Bräuterräumen anderer Behörden von Reich und Staat und Gemeinden und Verwaltungen auch Tausende von Beamten plan- und auch unplanmäßig gähnend umherstehen, — wer die sich einander jagenden und sich überstürzenden neuen und immer wieder neueren und allerneuesten Verordnungen und Verfügungen, Vorschriften und Kundmachungen der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung nur äußerlich betrachtet, wird den Kopf schütteln ob dieses — methodischen Unsinnens. Wer des ferneren durch die Annahmehalter der Postämter hindurch Gelegenheit nahm, zu beobachten, welche nervenzerrüttenden Anstrengungen die erscheidenden Papierseintürme verursachten, der wird hier den letzten Rest von Abgabedanken aus seinem Innersten bannen und einem notwendig werdenden Ausbau des Wort reden, dem Anbau von — Dreinhäusern an die Postämter! — Wie die Einführung des allgemeinen Arbeitstages für alle Arbeiter, so ist auch die allgemeine Vermehrung der täglichen Dienststunden der Beamten ein weiterer Schritt zum methodischen Unsinn. Die zu leistende Arbeit rechtfertigt allein nur das eine wie das andere. Was den unter Tage wühlenden und dauchrussenden, tobendstauschblühenden und von ständigen Leibes- und Lebensgefahren umdrohten Bergmann zur Verkürzungsbestrebung berechtigt,

Zweig, in dem unter Hinweis auf die durch den Krieg angeordneten Zerstörungen in Nordfrankreich und die Totenader an der Loretohöhe um Sammlung von deutschem Geld, fremden Geldorten und Schmuckstücken für einen „Versöhnungsaufbaufonds“, der für Nordfrankreich bestimmt ist, aufgefördert wird. In dem Aufruf kommt folgender bezeichnender Satz vor: „Was kümmern uns die Händel der deutschen und französischen Regierungen, was die Geldgier und die Spekulationen der deutschen und französischen Industriellen, was die Gründe, die den Wiederaufbau in Nordfrankreich nicht schneller erfolgen lassen?“ — Die „Leipziger N. N.“ bemerken dazu mit Recht: „Was würde die Regierung des Herrn Poincaré mit dem betreffenden Blatte tun, das einen solchen Aufruf brächte? Aber es ist ja vollkommen ausgeschlossen, daß in Frankreich so etwas überhaupt erst gedruckt würde, das ist eben nur — in Sachsen möglich. Wann aber — diese Frage sei doch gestattet — finden sich diese Friedensapostel dazu einmal bereit, einen „Versöhnungsaufbaufonds“ für das zerstörte Ruhrgebiet zu sammeln?“

Liebmann an Gehler.

Dresden, 20. Dez. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei dreilt sich, der staunenden Mitwelt folgende Nachricht zu unterbreiten: Der sächsische Minister des Innern Liebmann hat an den Reichswehrminister Dr. Gehler folgendes Schreiben gerichtet, das der Presse zur Veröffentlichung überlassen wird: „Bei der Beratung im Rechtsauschuß im Reichstag über die Einverleibung des Generals Müller in das Gemeinwahlrecht in Sachsen hat nach Zeitungsmeldungen das Reichswehrministerium erklärt: 1. Das Verbot der Aufstellung kommunistischer Wahlvorschläge wurde dadurch veranlaßt, daß die sächsische Landesregierung gegen die nationalsozialistische Partei Maßnahmen ergriffen hatte, die auf ein Verbot der Aufstellung von Wahlvorschlägen hinausliefen. 2. Nachdem die sächsische Regierung erklärt hat, daß sie der Aufstellung von nationalsozialistischen Wahlvorschlägen keine Hindernisse in den Weg legen wolle, ist die unmittelbare Veranlassung für das Verbot fortgefallen.“ Ich gestatte mir, darauf aufmerksam zu machen, daß, falls diese Zeitungsmeldungen den Tatsachen entsprechen, die Erklärungen, die das Reichswehrministerium im Rechtsauschuß des Reichstages abgegeben hat, auf Unwahrheit beruhen. (!) Die sächsische Regierung hat niemals daran gedacht, bei den bevorstehenden Gemeinderatswahlen irgendwelche Maßnahmen gegen die Nationalsozialistische Partei zu ergreifen. Da sie niemals ein Verbot der Wahlvorschläge der Nationalsozialistischen Partei erwogen hat, war sie auch niemals in der Lage, zu erklären, daß sie der Aufstellung von nationalsozialistischen Wahlvorschlägen keine Hindernisse in den Weg legen wolle. Das sind die Tatsachen. Wer das Gegenteil behauptet, lügt. (!) Indem ich Sie, Herr Reichswehrminister, auf diese Tatsachen aufmerksam mache, hoffe ich, Ihnen einen Dienst erwiesen zu haben.“

Mordplan gegen Herrn von Rahr.

München, 20. Dez. Amlich wird gemeldet: An die Polizeidirektion gelangten kürzlich Mitteilungen über einen Attentatsplan auf den Generalkonsulatskommissar. Die sofort eingeleitete Erhebung führte zur Festnahme eines Schauspielers namens Hans Barthel, gebürtig aus Sachsen. Der Festgenommene, der die Absicht zugab, den Generalkonsulatskommissar zu erschlagen, und zu diesem Zwecke auch bereits Erfindungen eingeleitet hatte, wurde dem Gericht übergeben.

muß den hüh-hottenden Fuhrmann zu längerem Verweilen verpflichten . . .

Aus dem „Politischen Blumengarten“ des Dichters Christoph Lehmann (verfaßt 1862) sei ein Pfänklein gezipft. Es heißt: „Ein Amt ohne guten Gold macht leicht einen Dieb.“ Will die Reichsregierung mit dieser Befehlungs- u. n Ordnung dem Platzgreifen böhmischer oder gar russischer Zustände den Weg ebnen? Soll die Unbedecktheit des deutschen Beamten, seit jeher und auch heute eines der sichersten Eckpfeiler unseres staatlichen Baues, für die kommende Zeit in Frage gestellt werden? „Gebben Sie mir eine Krone“ — so sagte mir mein tschechischer Begleiter vor Jahren in Prag, um mir den Vortritt vor etwa 30 Wartenden zum Zimmer des Leiters des Hauptpostamtes zu verschaffen. Diese „Krone“ langierte er in die Hand des Zollgewaltigen und — zwei Minuten später war ich von diesem abgefertigt. „Gebben Sie mir eine Krone“ — echote er beim Stationswärtcher des Buschjerader Güterbahnhofs, und — fünfzehn Minuten später war mein Umzugswaggon über die ihn trennenden 25 bis 30 Gleise hinweggezuckt nach der Abfuhrtrampe, was sonst nach ebensolchen Stunden erst zu geschehen pflegte . . .

Wie soll die Befehlungs- u. n Ordnung sich aber erst in späteren Jahren auswirken? Will man sie zum Beamtenfurch für die heutige Beamtenschaft werden lassen? Die Zeiten sind vorüber, in denen das Wort „Der Beamte hat nichts“, das hat er aber doch [i]cher“, dieser Sicherheit wegen noch einige Geltung beanspruchen durfte. Möchten sie uns niemals wiederersehen! Möchten aber ja alles geschehen, was uns auch nur dem Verdachte der Gefährdung nahebringt, daß uns einmal die Schlampampe dessen bedroht, was daran erinnert: „Gebben Sie mir eine Krone“ . . . Jupiter.